



Regierungsratsbeschluss vom 22. August 2023

Ausgabenbericht betreffend Erhöhung des Staatsbeitrags für die BAS Beratungsstelle für Asylsuchende der Region Basel für die Jahre 2024 bis 2026

P231116

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Der Regierungsrat genehmigt den Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt, vertreten durch das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, und HEKS, vertreten durch die Beratungsstelle für Asylsuchende der Region Basel BAS betreffend die Ausrichtung einer Finanzhilfe von Fr. 150'000 pro Jahr für die Jahre 2024 bis 2026.

Begründung

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, für die Beratungsstelle für Asylsuchende BAS in der laufenden Vertragsperiode 2024 bis 2026 den Staatsbeitrag von heute 50'000 auf 150'000 Franken zu erhöhen. Die Erhöhung soll dem in den letzten zehn Jahren mehr als verdreifachten Bestand von Personen aus dem Asylbereich im Kanton Basel-Stadt und der entsprechend hohen Nachfrage Rechnung tragen. Es liegt im Interesse des Kantons, dass das Angebot aufrechterhalten bleiben kann und in den kommenden Jahren auch bei maximaler Auslastung professionell und in hoher Qualität weitergeführt werden kann.

